

Nachrichten

Kempen: „Wir brauchen eine Reform der Bologna-Reformen“

Der Deutsche Hochschulverband (DHV) drängt auf eine Reform der Bologna-Reformen. „Es ist verantwortungslos, die vielfältigen Probleme, die durch

ZAHL DES MONATS

313 500

Menschen haben im Wintersemester 2007/2008 in Deutschland ein Studium begonnen.

die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge entstanden sind, zu verharmlosen und als „Kinderkrankheiten zu deklarieren“, erklärte der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, Professor Dr. Bernhard Kempen. „Der Bologna-Prozess in Deutschland ist nur noch zu retten, wenn massiv gegengesteuert wird. Mit einem bloßen Nachsteuern ist es nicht getan.“

Ernüchternde Zwischenbilanz

Eine Zwischenbilanz der Bologna-Reformen falle ernüchternd aus. Die neuen im Rahmen der Profilbildung entstandenen Studiengänge seien so spezialisiert, dass ein Studienortwechsel während des Bachelor-Studiums im In- wie Ausland nahezu unmöglich sei. „Damit wird das Ziel, einen europäischen Hochschulraum zu schaffen, konterkariert“, hob Kempen hervor. „Bei der Mobilität haben wir kein Plus, sondern ein Minus.“ Von einem sugge-

rierten Automatismus bei der Anerkennung von Studienleistungen sei man weiter entfernt als vor der Reform, da das ECTS-Kreditpunktesystem von Land zu Land unterschiedlich gehandhabt würde und Leistungen kaum noch vergleichbar seien. Zudem habe sich die Zahl der Studienabbrecher erhöht und nicht verringert. Während jeder Fünfte das Universitätsstudium nicht zu Ende führe, sei es unter den Bachelor-Studierenden jeder Vierte. „So wie bisher kann es nicht weitergehen“ betonte Kempen.

Master als Regelabschluss

Der DHV schlägt vor, das Regel-Ausnahme-Verhältnis von Bachelor und Master umzukehren. Nicht der Bachelor, sondern der Master müsse den Regelabschluss des universitären Studiums bilden. „Das schließt nicht aus, dass der Bachelor einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss darstellen kann“, erläuterte Kempen. Entsprechend dem Willen der Studierenden müssten aber 70 bis 80 Prozent – statt wie bisher 20 bis 30 Prozent – der Studierenden mit dem Master abschließen können und dürfen.

International anerkannte Markennamen wie der „Diplom-Ingenieur“ müssten erhalten bleiben. Die Ingenieurwissenschaftler forderten zu Recht, den Masterabschluss zugleich als „Diplom“ bezeichnen zu dürfen. „Dazu ist nur ein Federstrich des

Bundesgesetzgebers erforderlich“, so Kempen. Von der flächendeckenden Einführung gestufter Studienmodelle in Jura, Medizin und Theologie müsse solange abgesehen werden, bis die neuen Studiengänge den Nachweis erbracht hätten, den herkömmlichen Studiengängen überlegen zu sein.

Mobilität fördern

Kempen regte an, ein Bundesprogramm zur Förderung von studentischer Mobilität ins Leben zu rufen. „Wenn in den Bachelor-Studiengängen wenigstens noch ein Rest an Mobilität erhalten bleiben soll, kann dies nur über bi- oder multilaterale Absprachen mehrerer Hochschulen erfolgen. Diese Vereinbarungen und die konkrete Harmonisierung unterschiedlicher Curricula könnten durch ein Bundesprogramm prämiert werden“, erklärte der DHV-Präsident.

Kempen schlug vor, dass Bund und Länder gemeinsam eine Prämie für jeden Hochschulabsolventen ausloben sollten, der nach dem Studium eine studiengangsspezifische oder studiengangnahe Erstanstellung außerhalb der Universität erhalte. Dadurch könnten Hochschulen ein noch stärkeres Interesse am Berufseinstieg ihrer Absolventen und an der Qualität der Hochschulausbildung entwickeln. Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Arbeitgebern werde auf diese Weise intensiviert, und auch die dringend gebotene Förderung von Karrierezen-

tren („Career Center“) in den Universitäten werde beflügelt.

Scharfe Reaktionen

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Hochschulrektorenkonferenz sind unterdessen den Forderungen des DHV entgegengetreten. Ein Zurückdrehen der Reformen werde es nicht geben. „Das fahrlässige Gerede über die angeblich schlechten Arbeitsmarktchancen von Bachelor-Absolventen und über das vermeintlich schlechte Image des Bachelors entspricht in keiner Weise der Realität und verunsichert Studierende“, heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung. HRK-Präsidentin Margret Wintermantel sagte, der DHV benenne wichtige und bekannte Probleme, aber „eine Rolle rückwärts in die vermeintlich gute alte Zeit“ sei kein Beitrag zur Entwicklung des Reformprozesses. Wintermantel betonte, die Reform, die die Studiengänge modernisiere und die Kompetenzentwicklung des Einzelnen in den Mittelpunkt stelle, sei „unbestreitbar notwendig“ gewesen. Allerdings verlaufe eine so tiefgreifende Reform „natürlich nicht ohne Probleme“. Alle Beteiligten in den Hochschulen, an erster Stelle die Professoren, seien gefordert, dafür „intelligente Lösungen“ zu finden und mitzuarbeiten, wo Verbesserungen nötig seien.